

DialogForum
VISION 2050 – Chancen für Österreich
ORF III SPEZIAL, 22.05.2014 23:25 Uhr

(Transkript)

Die Antwort auf die großen Herausforderungen in einer sich radikal verändernden Welt ist Anpassungsfähigkeit und Innovation. Die zentralen Voraussetzungen für eine Spitzenstellung Österreichs in der Welt von 2050 sind daher Bildung, Innovation und Strukturwandel: Das ist das Ergebnis einer umfassenden Studie des Institut für Höhere Studien (IHS) im Auftrag des Rates für Forschung und Technologieentwicklung und des Austrian Institute of Technology (AIT), die im Rahmen des DialogForums vorgestellt wird. Im Anschluss daran präsentiert der Soziologe, Ökonom, Publizist und Gründer der Foundation on Economic Trends Jeremy Rifkin seine Perspektiven zu den zentralen Herausforderungen der Zukunft. Mit ihm diskutieren der Ratsvorsitzende Hannes Androsch und ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz im Parlament in Wien.

Moderation: Klaus Unterberger, ORF Generaldirektion Public Value

*Mitwirkende: Jeremy Rifkin
Hannes Androsch
Alexander Wrabetz*

Klaus Unterberger: Meine Damen und Herren, herzlich willkommen beim ORF-DialogForum, heute aus dem Sitzungssaal des Nationalrates im Parlament in Wien. Wie attraktiv, wie faszinierend ein Denken in Möglichkeiten, in Gestaltungsfreiräumen wäre, das wird Ihnen heute ein ganz besonderer Mann, ein besonderer Gast vermitteln. Es ist uns gelungen, einen der bekanntesten und gefragtesten Ökonomen, Publizisten, den Gründer der Foundation on Economic Trends, Jeremy Rifkin, nach Österreich zu holen. Er wird Ihnen nicht mehr und nicht weniger als eine dritte Industrielle Revolution ankündigen. Dazu etwas später.

Wie kraftvoll wir österreichische Zukunft diskutieren können, das versuchen wir in der nächsten knappen Stunde. Anlass dafür ist eine aktuelle Studie mit dem Titel „Vision Österreich 2050“. Die wesentlichen Ergebnisse daraus wird uns heute der Studienautor und ebenfalls Direktor des Institutes, Herr Prof. Christian Keuschnigg präsentieren – ihn begrüße ich auch sehr herzlich in unserer Runde. Mit ihm werden diskutieren Mag.^a Edeltraud Stiftinger, sie ist Geschäftsführerin des Austria Wirtschaftsservice, wie es heißt – soll man nicht englischer machen, als es vielleicht ist. Bei uns ist auch Frau Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Karin Gutiérrez-Lobos, Rektorin für Lehre, Gender und Diversity an der Medizin-Universität Wien. Und last not least begrüße ich

auch Herrn Dr. Klaus Pseiner, er ist Geschäftsführer der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft.

Ja, der Anlass oder der erste Ansatz dieser Studie waren natürlich die großen Megatrends, weltweite Umbrüche, Zusammenhänge, Verschiebungen. Da drängt sich natürlich eine Frage auf: Kann da so ein kleines Land wie Österreich überhaupt mithalten? Oder kann man eigentlich nur zuschauen und den Atem anhalten und schauen, was passiert? Frau Stiftinger?

Edeltraud Stiftinger, Austria Wirtschaftsservice: Schönen guten Tag auch von meiner Seite. Selbstverständlich können wir da etwas beitragen und müssen nicht nur zuschauen. Ich sage immer, es gibt eine einfache Formel, und die heißt: Wir müssen um das besser sein, um das wir teurer sind. Das ist halt aber manchmal auch eine komplizierte Angelegenheit. Das klingt so einfach, wie das oft ist mit so scheinbar einfachen Dingen. Und die Komplexität liegt natürlich in dem Besserein. Auch das versuchen weltweit andere Nationen auch. Und das Besserein heißt innovativer sein. Das heißt, Innovation ist alternativlos in dieser Gemengelage. Und etwas, was jedenfalls zum Erfolg beiträgt – nicht nur beiträgt, sondern ganz maßgeblich dazu ist – ist, dass wir gute exzellente Köpfe im Land haben. Und das heißt, das Credo ist Ausbildung, Ausbildung, Ausbildung.

Klaus Unterberger: Das klingt so, als hätte Österreich doch tatsächlich Platz in der weltweiten Globalisierung?

Karin Gutiérrez-Lobos, Medizinische Universität Wien: Auch von meiner Seite: schönen Nachmittag. Wenn wir uns die Pro-Kopf-Leistung der Wissenschaft anschauen, dann sind Länder führend wie Dänemark, die Schweiz, Finnland. Das sind alles kleine Länder. Also das, glaube ich, birgt schon einmal ein großes Vorbild für Österreich. Und was diese Länder gemeinsam haben, ist, dass sie beständig in Forschung, auch in Grundlagenforschung investieren, und zwar unabhängig von Irritationen, die mit budgetären Mitteln zu tun haben. Also auch Israel ist dafür zum Beispiel ein wunderbares Beispiel. Daher: Ja, wir haben das Potenzial, wir haben es gerade auch an den Universitäten. Wir werden später noch detaillierter darüber diskutieren. Was wir brauchen, ist Planungs- und Finanzierungssicherheit. Das möchte ich gleich mal auch voranstellen, weil das ist eines der Geheimnisse dieses

Erfolges. Und über die vielen anderen werden wir nachher näher sprechen, denke ich.

Klaus Unterberger: Ja, und einen kleinen praktischen Hinweis, wie man sich der Zukunft nähern könnte, hat einmal Dr. Pseiner, wie ich weiß, gegeben, und zwar im Forum Alpbach, wie ich nachgelesen habe. Da hat er auf die selbst gestellte Frage „Was tun?“ geantwortet, ganz knapp: „Don't panic.“ – Also die Nerven behalten. Herr Dr. Pseiner, genügt das oder braucht's noch ein bisschen mehr? Aber als Beginn wäre es vielleicht einmal ganz ratsam, nicht in Panik zu verfallen.

Klaus Pseiner, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft: Also da haben Sie ganz sicher Recht, in Panik zu verfallen ist in jeder Lebenssituation eine schlechte Antwort. Aber ich glaube, das ist auch wirklich nicht notwendig. Wenn man sich gerade in dem Kontext, in dem wir heute diskutieren, die österreichische Positionierung ansieht, wenn es um Innovation, um Forschung, um die Kraft der Wirkung dieser Instrumente geht, dann hat Österreich einen wirklich soliden Aufholprozess der letzten zumindest zehn Jahre hingelegt. Was meine ich mit solidem Aufholprozess? Wir haben es geschafft, eine Forschungsszene zu entwickeln, die auch Innovationskraft ausstrahlt. Woran kann man das ableiten? Und Herr Keuschnigg hat es auch in seiner Studie gesagt – wir haben die Anzahl der Forscherinnen und Forscher in Österreich deutlich erhöht in den letzten Jahren, wir stehen bei knapp über 60.000 Vollzeitäquivalenten. Wir haben es geschafft, die Einheiten – nämlich auch die Unternehmen, nicht nur die Universitäten, die ja per se für Forschung stehen – deutlich zu erhöhen. Also wir haben zurzeit über 3000 ständig innovierende und forschende Unternehmen. Und ich glaube, das ist eine Kraft, die uns berechtigte Hoffnung gibt, wenn wir den Mut und den Willen aufbringen, auch die Zukunft zu gestalten – auf diesem Fundament können wir hervorragend aufbauen.

Klaus Unterberger: Ja, und einen sehr genauen Blick auf die Zukunft hat Herr Dr. Keuschnigg gemacht. Und eine seiner Antworten schauen wir uns jetzt genauer an. Sie haben gemeint, Anpassung und Innovation, so müsste man eigentlich der Zukunft begegnen. Was darf man sich denn da vorstellen, vielleicht gleich in dem ersten wichtigen Kapitel, das Sie bearbeitet haben, nämlich der Bildung? Sie haben – wer die Studie liest, weiß das – das österreichische Bildungswesen ja als

Riesentanker ohne wirksame Steuerung und mit zweifelhaftem Inhalt bezeichnet. Beginnen wir da nicht, müsste man kritisch einwenden, fünf nach zwölf?

Christian Keuschnigg, Institut für Höhere Studien: Zweifellos hat die Bildung Priorität. Wir sind an die Studie herangegangen mit einem systemhaften Ansatz. Wenn wir über die Vision Österreich 2050 sprechen, dann müssen wir in einer ganzen anderen Welt international konkurrenzfähig bleiben. Wir haben als Land nur als Ressourcen nur die Köpfe, die wir hier haben. Wir sind an der Spitze der Einkommensentwicklung angelangt. Da wird die Herausforderung an die Innovation radikaler und das hat Rückwirkungen auf die Bildung. Insgesamt ist unser systemhafter Ansatz so, dass wir sagen: Innovation ist das Entscheidende, um die Wirtschaftskraft des Landes voranzubringen, aber vor der Innovation kommt die Bildung und nach der Innovation kommt Wandel – das Neue ersetzt das Alte. Es muss auch die Innovation mit einem permanenten Strukturwandel einhergehen, wo wir dann in der Wirtschaft die richtige Spezialisierung in der neuen Welt von 2050 finden, wo China, Indien im Volumen die Weltwirtschaft dominieren werden. Wir müssen uns aber da in dieser Welt mit sehr wertschöpfungsintensiven Produkten spezialisieren.

An der Bildung beginnt's. Das ist das Allerwichtigste, und zwar schon im Kindergarten. Weil im Kindergarten der Grundstein gelegt wird für den Erfolg der Bildung in den nachfolgenden Stufen und weil im Kindergarten die bildungsfernen Schichten mobilisiert werden. Wir dürfen in Österreich, wo wir ja keine Rohstoffe haben, kein einziges Talent verschwenden. Deshalb müssen im Kindergarten, in dem Bereich schon, in der vorschulischen Ausbildung und in der Primarschule alle Schichten der Bevölkerung aktiviert werden. Und es wird der Grundstein für die nachfolgende Bildungsleistung auf der Sekundärstufe gelegt. Da muss das Land ausgezeichnete Bildungsleistungen erbringen, weil Technik und innovativer Fortschritt auch ständig angewandt werden müssen in der Produktion und die Arbeitshinhalte ändern. Im Laufe einer Erwerbsbiografie muss man ständig andere Dinge tun, das Berufsbild im Sekretariat ist heute ganz anders wie vor zehn Jahren aufgrund der neuen Techniken, die zum Einsatz gebracht werden. Also da geht's darum, das Wissen, das entstanden ist, im Produktionsprozess in der Wertschöpfung umzusetzen, um Einkommen zu erzielen.

Dann ist die dritte Stufe besonders wichtig, nachdem wir in Österreich aufgeschlossen haben an die Spitze. Wenn wir aufgeschlossen haben an die

Einkommensspitze, dann muss unsere Innovationsleistung größer, radikaler werden als im Aufholprozess. Und an der Stelle wird im gesamten Forschungsverbund die Grundlagenforschung wichtiger.

Klaus Unterberger: Bleiben wir vielleicht, Herr Professor – zur Grundlagenforschung kommen wir noch – bei den Kindern. Sie haben ja nicht zufällig davon begonnen. Sie haben gemeint, kein einziges Kind vergessen. Sie haben auch in der Studie gemeint, dass die zentrale Herausforderung der Zugang zur Bildung der Bevölkerung unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gesichert werden muss. Frau Professor, Sie haben ja mit Ausbildung auch zu tun. Warum ist dieser offene Zugang zur Bildung so wichtig? Kann man das nicht einfach irgendwie der Elite überlassen und schauen, was dabei herauskommt? Die sind ohnedies schon bildungsoffen, haben Zugänge. Warum darf man denn – so wie der Herr Professor Keuschnigg das sagt – auf kein Kind vergessen?

Karin Gutiérrez-Lobos, Medizinische Universität Wien: Ich darf vielleicht kurz ein Beispiel aus der Medizin zitieren. Man weiß ja seit praktisch Jahrzehnten, dass die Gesellschaften am gesündesten sind, wo sich sozusagen die Zugangsmöglichkeiten auch zum Medizinsystem am meisten annähern. Das ist daher nicht die USA, da ist Österreich zum Beispiel viel besser unterwegs, aber auch manche afrikanischen Länder. Und ich denke, das ist eine sehr schöne Metapher auch für die Bildung. Wir dürfen nicht auf der einen Seite Exzellenz – so „separate the best from the rest“ sozusagen – sondern ich glaube, wir müssen schauen, dass Bildung als Wert für eine Gesellschaft, für Innovation, möglichst breit zugänglich ist für alle, Chancengleichheit, möglichst gut zugänglich ist und dass wir Talente früh fördern können. Die Universitäten können ja hier auch nicht alles nachbessern, da ist natürlich – und das haben Sie auch völlig richtig gesagt – der Kindergarten, aber natürlich auch unser Schulsystem gefordert – Stichwörter Zentralmatura, Gesamtschule und Ähnliches – weil eigentlich dort schon mal eine Talente-Ausdifferenzierung sozusagen stattfinden muss und auch stattfindet.

Klaus Unterberger: Und wie das in der Praxis aussehen kann, auch da hat der Herr Professor Keuschnigg unserem Team einen Vorschlag gemacht. Sie haben gemeint, es geht um die Durchsetzung von – wie Sie sagen – inklusiven Institutionen. Was dürfen wir uns denn darunter vorstellen?

Christian Keuschnigg, Institut für Höhere Studien: Wir müssen uns darunter vorstellen, dass wir Wachstum haben wollen, damit wir in der Einkommensentwicklung international mithalten. Und an dem Wachstum sollen alle beteiligt werden. Das fängt eben auch schon wieder in der Vorschule und im Kindergarten an. Wenn es da gelingt, auch die Talente, die in bildungsfernen Schichten schlummern, zu aktivieren, dann machen wir nicht nur eine Investition, indem wir ein Talent nachher ausnutzen, das vielleicht eine erfolgreiche Karriere bis hin zur Universität und in die Grundlagenforschung macht, sondern wir beugen ja auch der Armut vor und der Belastung des Sozialstaats. Das sind ja auch Investitionen, dass der Sozialstaat, der Sicherheit bieten muss. Gerade in einer Welt, wo Innovation ist und auch viel Risiko in der Erwerbsbiografie auftaucht, muss der bereitstehen. Wir müssen auf alle Fälle schauen, dass nicht von vornherein Risiken angelegt werden, die wir durch Bildung schon beseitigen können. Mangelnde Qualifikation ist das größte Arbeitslosenrisiko, das größte Armutrisiko. Mangelnde Bildung hat auch eher ausgabentreibende Wirkungen im Gesundheitswesen. Das ist jetzt gar nicht losgelöst von der Innovation, sondern das ist eine wichtige Investition, um auch vorbeugend den Sozialstaat nachhaltig zu machen. Aber für die Zwecke unserer Stufe ist es natürlich wichtig, dass an der Stufe einfach eine Bildungshaltung geschaffen wird. Und wenn wir ein Talent mobilisieren können, dann ist das das Reservoir, das wir haben, aus dem halt nachher Forschung und Entwicklung, neue Produkte und Innovation entsteht.

Klaus Unterberger: Ja – und Inklusion bedeutet natürlich auch, einen weiteren Punkt anzusprechen, der für die Wirtschaft dann sehr relevant ist. Das betrifft nämlich auch die Zuwanderung, auch ein heißer Punkt in der gesellschaftlichen Debatte sozusagen. Und da haben Sie ja auch ein sehr interessantes Szenario für 2050 gezeichnet. Sie haben gemeint in der Studie, 2050 wird das Quasi-Monopol der reichen OECD-Staaten bezüglich der Genese wissenschaftlicher Erkenntnisse und Hervorbringung von technologischer Innovation der Vergangenheit angehören. Meine Frage an Sie beide, die Sie ja sehr wirtschaftsnah sind, sowohl von der Praxis als auch von der innovativen Entwicklung her: Warum brauchen wir denn eigentlich die Intelligenz der Zuwanderinnen und Zuwanderer?

Edeltraud Stiftinger, Austria Wirtschaftsservice: Das ist unser Wachstumspotenzial in der Bevölkerungsentwicklung selbstverständlich. Und deswegen können wir auf kein einziges Talent verzichten. Es gibt global einen Wettbewerb der besten Köpfe. Das ist heute schon Realität, das ist fast schon eine Binsenweisheit. Und wir können es uns deshalb einfach nicht leisten – schlicht nicht leisten – auf nur einen klugen Kopf zu verzichten. Und ich möchte da schon auch noch einmal das Schulsystem strapazieren. Da ist es einfach klar jenseits jeder ideologischen Debatte, dass eine Differenzierung ab zehn zu früh ist. Wir verlieren auf dem Weg sehr, sehr viele junge Menschen, die möglicherweise ihr Entwicklungspotenzial erst mit elf oder zwölf entwickeln oder zur Ausfaltung bringen können. Auf diesem Weg haben wir sie aber schon verloren, mit all den Konsequenzen, die sozusagen auch der Herr Prof. Keuschnigg schon angesprochen hat.

Klaus Unterberger: Ja, das war jetzt ein Kommentar zu einer Bildungs- und Schulreformsdebatte, die es ja schon sehr, sehr lange in diesem Land gibt.

Edeltraud Stiftinger, Austria Wirtschaftsservice: Sie wird aber immer drängender. Wir befinden uns einfach in einem globalen Wettbewerb um die besten Köpfe.

Klaus Unterberger: Ja – und dieser globale Wettbewerb wird offensichtlich in Zukunft von sehr vielen Menschen aus sehr vielen Ländern bestritten. Und wer erfolgreich sein will – so interpretiere ich den Herrn Professor – der muss diese Leute auch in irgendeiner Weise einladen. Herr Dr. Pseiner, ist das nicht genau das Gegenteil von dem, was wir heute in der politischen Realität in Österreich diskutieren? Ich habe so den Eindruck, jeder Politiker geht sofort in Deckung, wenn's um dieses Thema geht, in der Angst vor irgendwelchen populistischen Stimmungen und dergleichen. Erzählen wir da den Leuten eigentlich die Wahrheit von dem, was wir von der Zukunft schon wissen?

Klaus Pseiner, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft: Also ich würde es nicht so pessimistisch sehen, denn für mich ist immer der Realitätscheck das Entscheidende. Auf dem Feld, wo wir tätig sind – nämlich dort, wo öffentliche Mittel in den Bereich Forschung und Innovation investiert werden – vielleicht nur ein kurzer Exkurs. Das muss man sich auch so vorstellen: Wenn die öffentliche Hand

investiert, gemeinsam mit Unternehmen oder auf den Universitäten, Forschungseinrichtungen, Risiko übernimmt – was heißt denn das? Das heißt ja de facto nur, Investition in die besten Köpfe. Der Großteil dieser Gelder, also weit über 60 Prozent, gehen in Personalkosten, das heißt in die besten Köpfe. Das verstehen wir und das versteht die öffentliche Hand unter Forschungsförderung. Und in dem Kontext können wir es uns ja gar nicht leisten, hier eine Zonierung zu machen in Österreicher, in Ausländer, wer hier ist. Hier zählt ausschließlich Qualität. Das Selektionskriterium dafür, ob die öffentliche Hand über zum Beispiel die FFG in ein Forschungsprojekt investiert, ist ausschließlich Qualität. Und ich sage jetzt überspitzt: Wenn ein Forschungsteam, das bei uns ein gutes Projekt hinlegt, das qualitativ passt, durch die Bank aus in Österreich wirkenden Ausländern besteht, ist das für uns genau gleichwertig, wie wenn das Gegenteil der Fall ist.

Christian Keuschnigg, Institut für Höhere Studien: Was die Vision 2050 und das langfristige Wachstum betrifft, müssen wir erkennen, dass wir in Österreich an der Spitze angelangt sind, und da sind die Herausforderungen an die Forschung größer. Sie muss daher grundlagenlastiger werden als in einem Land im Aufholprozess. Und an der Stelle kommt die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten ins Spiel. Und das schließt an an die Diskussion zum Brain drain. Also ich glaube, dass eines der größten Investitionsbedürfnisse da ist, in dem Bereich so zu investieren, dass wir in der Lehrbelastung, im wissenschaftlichen Output, Patente usw. und auch in der Transferleistung in die Wirtschaft, dass das neue Wissen dann auch in der Wirtschaft über Technologietransfer dort nutzbar gemacht wird – also da sehe ich einen wesentlich größeren Aufholbedarf als am Arbeitsmarkt. Und auch – weil das nicht zur Sprache gekommen ist: Vieles an neuer Produktion, die durchaus was ganz Neues und Radikales aufgreift – volumenmäßig dominieren natürlich die Großunternehmen, aber vieles von ganz Neuem kommt von jungen Start-ups. Und die brauchen die Finanzierung und dafür ist die Bankenfinanzierung nicht geeignet, weil sie zu riskant ist, zu radikale Innovationen, deren Erfolg man am Markt noch nicht so richtig antizipieren kann. Da braucht's eine Finanzierung, die einhergeht mit unternehmerischem Wissen und Know-how. Und da wäre eben Wagniskapital, Venture Capital. Also diesen Bereich in Österreich anstoßen, das wäre ganz zentral, da haben wir ein Defizit. Es ist aber auch schwierig, diesen Bereich anzustoßen, muss ich auch dazusagen.

Klaus Unterberger: Schwierig kann es sein, aber wir sind ja dazu da, dass wir auch den Finger in die Wunden legen. Und daher benutze ich das gleich und gebe gleich an den Dr. Pseiner weiter. Denn das ist ja auch Ihr Thema. Sie haben einmal davon gesprochen, wenn ich mich richtig erinnere, dass den Unternehmen das Investitionskapital wegbrachen könnte. Sehen Sie sich hier gefordert, aber zu wenig imstande? Wie ist da Ihre Perspektive?

Klaus Pseiner, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft: Darf ich nur ganz kurz zu einer These von Prof. Keuschnigg zurückkommen, wo er ein bisschen die Polarisierung Grundlagenforschung/angewandte Forschung angesprochen hat. Ich persönlich bin kein großer Freund dieser Polarisierung. Ich denke mir, in einem modernen Innovationssystem haben diese klassischen linearen Begriffe Grundlagenforschung und angewandte Forschung wirklich ihr enden wollendes Potenzial. Das wollte ich dazusagen.

Und was meine ich damit? Ich glaube, Forschung muss man für sich und für die Wirkung beurteilen. Ganz egal, auf welcher Seite sie entsteht und wer sie leistet – ob das die Universität ist, ob das die Universität gemeinsam mit den Unternehmen ist, ob das die Unternehmen sind. Weil welche Wirkung wollen wir erzielen und welche Kraft wollen wir in die österreichische Wirtschaft bringen?

Ich darf vielleicht am besten ein Beispiel geben, das jetzt dieser Tage – eigentlich heute und gestern – die Wirtschaftsteile der Zeitungen füllt: die Nachricht, dass die Firma FACC an die Börse geht oder den Börsengang plant. Das ist ein Beispiel für ein Unternehmen, das eine Kraft gezeigt hat, die man sich als Innovationskraft wirklich vor Augen führen muss. Das ist ein Unternehmen, das hat begonnen, Skier herzustellen – wie es halt in Österreich gute Tradition ist, und das nimmt man uns auch ab. Dass der Markt für Skier auch in einem globalen Kontext enden wollend ist, weiß jeder, haben aber auch die zuständigen leitenden Eigentümer, aber auch das Management erkannt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Was hat man getan? Man hat auf die Kernkompetenz abgestellt, hat die massiv weiterentwickelt – in dem Fall ging es um die Verarbeitung von kohlenfaserverstärkten Verbundwerkstoffen – und hat damit einen völlig neuen Markt eröffnet, nämlich den Zuliefermarkt für die Luftfahrtindustrie. Und diese Innovationskraft fällt ja nicht vom Himmel. Für diese Innovationskraft muss man die Basis legen, muss man den Grundstein legen, die muss man finanzieren, die muss man nachhaltig finanzieren. Und mir ist das letztlich völlig egal, ob das durchaus an den Unis beginnt, nur mit den Unis, schon in

Kooperation beginnt oder eine reine betriebliche Geschichte ist. Wichtig ist, dass die Flexibilität, die Kraft und die Möglichkeit da sind.

Klaus Unterberger: Frau Professor, was würde das bedeuten, an welcher Schraube muss da gedreht werden? Wir haben gesprochen – Grundlagenforschung, andere alternativen Forschung muss näher zur Wirtschaft werden. Wie denken Sie darüber?

Karin Gutiérrez-Lobos, Medizinische Universität Wien: Ich glaube, in allererster Linie geht es darum, auch die Lust und die Neugier unseres Nachwuchses an Forschung zu erhalten. Das ist mal eine unabdingbare Voraussetzung. Und diese, denke ich, beginnt mit einer gewissen Sicherheit. Ich glaube, dass das wirklich ernst genommen werden muss, dass die Universitäten diese Sicherheit auch bieten können. Anders, glaube ich, wird es uns nicht gelingen, junge Menschen auch in diese Risikokapitalzange sozusagen zu bringen, wenn wir sie nicht einmal ursprünglich für Wissenschaft begeistern können und ihnen eine Perspektive auch für eine gewisse Zeit bieten können. Das hat mit strukturellem Wandel natürlich auch der Universitäten zu tun. Aber ich denke, Chancengleichheit – die vielen studierenden Frauen, Absolventinnen, die immer noch nicht den richtigen Eintritt in die Universitäten schaffen, aber auch soziale Chancengleichheit. Also ich denke, da gibt es ganz, ganz viele Schrauben letztendlich, an denen zu drehen ist und die dann dieses Gesamtbild auch machen. Aber das – noch einmal – was wir lernen können von den Ländern, die führend sind bei der Pro-Kopf-Forschungsquote – und das sind die kleinen Länder, das ist Dänemark, das ist die Schweiz, das sind nicht die großen. Was wir von denen lernen können, ist die Verlässlichkeit, das Vertrauen, dass die Universitäten auch haben können, wie gesagt, nicht bei der geringsten Konjunkturschwankung in eine Existenzschwankung zu geraten. Und das, glaube ich, wäre eine Grundvoraussetzung, um all diese Bedingungen, die hier auch angesprochen wurden, auf gute Schiene zu setzen.

Klaus Unterberger: Erlauben wir uns vielleicht eine ganz kurze Schlussrunde. Weihnachten ist zwar noch weit, aber Wunschlisten darf man an die Zukunft richten. Beginnen wir einmal kurz beim Professor Keuschnigg. Was muss denn geschehen, was wollen wir denn ganz, ganz dringend morgen schon – zumindest morgen beginnen? Ein paar ganz kurze Stichworte dazu?

Christian Keuschnigg, Institut für Höhere Studien: Das eine ist: Wir müssen in der Grundlagenforschung bei den Universitäten wettbewerbsfähig werden. Wenn wir da einen Braindrain haben, dass die Österreicher ins Ausland gehen, weil hier die Karrieren nicht mehr stimmen, nicht genügend Forschungsmittel da sind, dann sind wir nicht wettbewerbsfähig. Dann haben wir einen Braindrain und von außen kommt niemand dazu. Wir müssen wettbewerbsfähig sein, damit ein normaler Austausch stattfindet. Es kommen so viele von auswärts herein, wie von uns hinausgehen. Es ist ja auch wichtig, dass Österreicher in den USA zwischendurch Forschungskarriere machen und nachher wieder zurückkommen. Aber da müssen halt gleichwertige Bedingungen sein. Und da, glaube ich, ist ein großer Investitionsbedarf. Und das andere ist halt diese Unternehmerkultur, wie Sie auch gesagt haben, besonders im innovativen Bereich. Natürlich braucht's da eine Einstellung, um Unternehmen zu gründen, daran muss man auch arbeiten. Zum Beispiel das Insolvenzrecht – wenn das abschreckend ist und man nachher stigmatisiert ist für den Rest des Lebens, dann wird man halt kein Unternehmen gründen. Da kommt es auf die Haltung drauf an. Und die Finanzierung.

Klaus Pseiner, Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft: Wir würden gerne jene Entwicklungen weiter unterstützen, die wir mitgeholfen haben aufzubauen. Wo wir am Anfang darüber gesprochen haben – das gute Fundament, das da ist – die Innovations- und Forschungskraft zu erhöhen. Und dazu braucht es starken politischen Willen, der sich auch in budgetären Möglichkeiten für die Forschungsförderung zeigt. Weil ich sicher bin, dass ein öffentliches Geld, das über einen Kanal der FFG zum Beispiel in die angewandte Forschungsförderung fließt, ein hervorragend investiertes Geld ist, wo wir jederzeit den Nachweis liefern können, dass die Wirkung, die am Ende der Innovationskette gefordert ist, auch wirklich stattfindet, und dass es in Summe Österreich weiterbringt.

Edeltraud Stiftinger, Austria Wirtschaftsservice: Also ich schließe mich an. Bildung ist das zentrale Thema, habe ich am Anfang schon gesagt, ist in der Debatte hier dauernd vorgekommen. Und das ist sozusagen das, wo wir einfach sofort was tun müssen. Da gibt's einen riesigen Handlungsbedarf und auch den angesprochenen Entrepreneurial Spirit, den wir als Institution auch sehr stark unterstützen wollen. Aber da stecken wir in den Kinderschuhen, und da ist das zentrale Element Risikoteilung. Wir reden immer wieder darüber, wir tun es aber

nicht. Und das wünsche ich mir von der Politik, dass wir wirklich bereit sind zur Risikoteilung mit den jungen Menschen, die bereit sind, ein Unternehmen zu gründen.

Klaus Unterberger: Frau Prof. Gutiérrez-Lobos, was würden Sie denn noch auf diese Wunschliste dazuschreiben? Dann machen wir Schluss für heute – mit der Liste zumindest.

Karin Gutiérrez-Lobos, Medizinische Universität Wien: Bildung, Bildung, Bildung, Verlässlichkeit der Planung und der Finanzierung für die Universitäten, sozusagen als Ausgangsbasis. Aber natürlich auch struktureller Wandel innerhalb der Universitäten. Was wir jetzt auch noch vielleicht angesichts der vielen jungen Zuhörerinnen und Zuhörer – viel mehr autonome Forschungsmöglichkeiten, flache Hierarchien auf den Universitäten. Das sind Herausforderungen, die unsere junge Forscherinnen und Forscher auch wirklich so aussprechen. Und ich denke, hier sind wir auch aufgerufen, in diese Richtung zu gehen und Kooperation, Synergieeffekte nützen. Aber ich denke, die Verlässlichkeit der Finanzierung ist sicherlich eines der wichtigsten Dinge auch in unserer Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen.

Klaus Unterberger: Und diese letzte Forderung richtet sich vermutlich an jene, die üblicherweise in diesem Saal hier sitzen, an die Politikerinnen und Politiker. Ich glaube, denen wird das auch zur Kenntnis zu bringen sein. Das ist auch ein sehr schönes Bild am Ende unserer ersten Runde heute, vor allem weil es den Blick frei macht für das, was kommt, nämlich wer als Nächstes kommt. Und das ist unser Stargast für heute, unser Gast aus den Vereinigten Staaten, Jeremy Rifkin. Er spricht von nicht mehr und nicht weniger als von einer dritten Industriellen Revolution.

Jeremy Rifkin, Foundation of Economic Trends: „Contract for 2050“
(Transkript Untertitel)

Ein neues ökonomisches System betritt die Bühne der Welt. Es handelt sich um gemeinschaftliche Güter, die an der Seite des traditionellen kapitalistischen Markts florieren. Gemeinschaftliche Güter bilden das erste neue ökonomische System seit

dem Aufkommen von Kapitalismus und Sozialismus im frühen 19. Jahrhundert. Dieses System wird erhebliche Auswirkungen auf unser Leben und die Organisation unserer Welt haben.

Die aufkeimende technologische Revolution wird drei dynamische Komponenten zusammenführen: Kommunikation, Energie sowie Transport und Logistik. Das Internet verwandelt sich gerade in ein „Internet der Dinge“. Das Internet, wie wir es heute kennen, dieses Internet der Kommunikation vereint sich mit einem Internet der erneuerbaren Energie und einem im Entstehen begriffenen Internet von automatisiertem Transport und automatisierter Logistik. Diese drei Netze werden in einer Plattform zum „Internet der Dinge“ zusammengeführt. Die drei zusammengeführten Netze werden das Gehirn eines Nervensystems sein, das die ganze Welt in einem Netzwerk zusammenführt. Diese Situation führt zu einer dritten Industriellen Revolution, die noch stärker als die folgenden sein wird. Die Frage wird sein, ob bestimmte Institutionen versuchen werden, die Kontrolle zu übernehmen. Das könnte zu einer Monopolisierung führen. Oder wir gestalten dieses Netzwerk neutral, sodass alles demokratisiert ist. Alles, nicht nur die Kommunikation, sondern auch das ökonomische und soziale Leben. Das ist eine große Herausforderung.

In diesem neutralen Netzwerk des Internets der Dinge wird in Theorie und Praxis jeder Teilnehmer, jede Teilnehmerin gleich behandelt. Voraussetzung ist Netzneutralität. Das erlaubt jedem Unternehmen, egal ob groß oder klein, das erlaubt allen Menschen, auch Ihnen, den Anwesenden, ErzeugerInnen und NutzerInnen gleichzeitig zu sein. So können alle, die einen Zugang zu diesem „Internet der Dinge“ haben, mithilfe eigener Mobildienste, Applikationen, Telefone etwas erzeugen – Produkte, Dienstleistungen – und mit geringen Energiekosten weltweit anbieten. Ganz so, wie das heute nur große Unternehmen können.

Was ich dazusagen muss, ist: Erneuerbare Energie wird immer billiger. Das entwickelt sich exponentiell, ähnlich dem Preis von Computerchips. Im Jahr 1970 kostete es noch 60 Dollar, ein Watt Sonnenergie zu produzieren. Heute kostet es 66 Cents und wird noch billiger. Die Grenzkosten von Solar- und Windenergie sind so gut wie Null. Sonne und Wind sind gratis, geothermale Energie ist verfügbar und Abfall kann zurück in Energie konvertiert werden. Man muss es nur tun. Schiefergas, Kohle und Uran werden nie gratis sein, die Preise werden immer steigen. Mich

wundert die Debatte, ob überhaupt auf erneuerbare Energie umgestiegen werden soll, wenn fossile Brennstoffe der Umwelt schaden und nur teurer werden. Was ist unser Problem?

Produkte aus dem 3D-Drucker. Es gibt bereits Tausende kleine und mittlere Unternehmen, die 3D-Drucker benutzen. Innerhalb einiger Jahre wird jede Schule in den USA einen 3D-Drucker besitzen. In den nächsten drei oder vier Jahren wird in jeder Nachbarschaft ein 3D-Drucker und damit eine persönliche Minifabrik stehen. Sie alle werden mit 3D-Druckern auf das „Internet der Dinge“ zugreifen und mit Hilfe von freier Software Gegenstände erzeugen können. Als Druckmaterial können Sie wiederverwertete bzw. wiederverwertbare Stoffe wie Plastik, Papier, Sand oder Steine nutzen. Seltene Erden sind nicht notwendig. Als Material können Sie alles verwenden, was Sie in Ihrer Nachbarschaft gratis finden können. Und betreiben können Sie den Drucker mit erneuerbarer Energie, die Sie gemeinwirtschaftlich und nahezu gratis erzeugen. Das, was Sie erzeugen, transportieren Sie dann mit Fahrzeugen, die mit erneuerbarer Energie betrieben werden.

Im Jahr 2016 werden die großen Fahrzeughersteller Autos, Busse und Lkw mit Wasserstoff-Brennstoffzellen vorstellen. Innerhalb von zehn Jahren werden diese Fahrzeuge von 3D-Druckern ausgedruckt werden können. Das erste davon gibt es schon: Das ausgedruckte Auto „Urbee“ ist 60 km/h schnell und wird durch Sonnenenergie aufgeladen.

Damit das alles Wirklichkeit wird, braucht es fünf Säulen. Erstens: erneuerbare Energie. Zweitens muss jedes Gebäude, auch in Österreich, diese Energie erzeugen können, gleichsam ein Kraftwerk sein. Drittens braucht es Energiespeicher aus Wasserstoff und viertens ein intelligentes Stromnetz. Fünftens braucht es ein Transportsystem, das mit erneuerbarer Energie betrieben und aus diesem intelligenten Stromnetz gespeist wird.

Die drei entscheidenden Bestandteile aller fünf Säulen sind die Netze der Kommunikation, der Energie und der Logistik, kurz: das „Internet der Dinge“. Schon heute transferieren Millionen junger Menschen Teile ihres ökonomischen Lebens in gemeinschaftliche Güter. Sie teilen heute Wissen, Unterhaltung oder Musik. Sie werden auch Energie, 3D-Druckerzeugnisse und vieles mehr teilen. Autos zum

Beispiel. Car-Sharing-Dienste sind gerade einmal sieben Jahre alt. Junge Menschen wollen Zugang, nicht Eigentum. Sie wollen mobil sein, ohne dass sie etwas besitzen müssen bzw. wollen. Sie wollen eine Karte, mit der sie ein Auto benutzen können, wann immer sie das wollen. Aber sie wollen das Auto nicht besitzen. Hier handelt es sich um eine grundlegende Veränderung. Junge Menschen teilen nicht nur Autos. Sie teilen auch Wohnungen, ja sogar Kleidung. Für junge Menschen ist die Umverteilung von Kleidung das neue Recycling. Kleidungsstücke werden ausgeborgt und weitergegeben. Familien können so auf immer neue Kleidungsstücke zugreifen. Sie schicken das Kleidungsstück, das nicht mehr passt, zurück, und bekommen via Netzwerk einen Gutschein für ein neues, das sitzt.

Das ändert die Art und Weise, wie wir einander die Welt erzählen. Denken Sie an Kinder und ihre ersten Spielzeuge. In unserem aktuellen kapitalistischen System lernt das Kind mit dem ersten Spielzeug den Begriff des „Eigentums“. Eltern bringen ihnen bei, auf das Spielzeug, ihr Eigentum, aufzupassen. Und selbst wenn sie das Interesse am Spielzeug verlieren, darf es niemand anderer benutzen. Die heutige Generation sieht ein Spielzeug jedoch nicht mehr als ein physisches Objekt, sondern als eine kurze Erfahrung, die nachfolgend anderen Menschen ermöglicht werden kann und wird. Das führt zu einer Kreislaufwirtschaft, in der es um Zugang und nicht um Besitz geht. Das ist eine revolutionäre Veränderung. Das ist die „Ökonomie der gemeinschaftlichen Güter“.

Manche von Ihnen werden sagen: Das kann doch nicht alles gratis sein. Richtig. Wir haben zwei entscheidende Kriterien: Zugang zu Nahrung und Wasser. Der Klimawandel ist furchteinflößend, für das Überleben unserer Spezies gibt es keine Garantie. 99,5 % aller Spezies gibt es nicht mehr. Menschen sind die jüngste Spezies, und sie glauben, dass sie ihre Angelegenheiten unberührt von der Natur im Griff haben. Wir üben einen dramatischen Einfluss auf die Erde aus, daher müssen wir uns um den Planeten und folglich um uns kümmern. Das „Internet der Dinge“, diese dritte Industrielle Revolution, und die Ökonomie der gemeinschaftlichen Güter können uns dabei helfen. Das wird anstrengend und das gemeinsame Bemühen aller brauchen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass alle Zugang zu Nahrung und Wasser haben.

Letzter Punkt: Manche werden sich fragen, was mit dem Arbeitsmarkt passiert. In 20 Jahren wird ein geringeres Einkommen benötigt werden, da immer mehr eigene Information, Energie und Produkte erzeugt werden. Junge Menschen geben bereits jetzt weniger denn je für Unterhaltung und Information aus.

Derzeit beginnt eine Massenmigration von Arbeitskraft. Während der gewinnorientierte Markt zusehends automatisiert wird, bewegt sich die Beschäftigung der Jungen in eine andere Richtung. Manche glauben, es gäbe nur Beschäftigungsmöglichkeiten in gewinnorientierten Unternehmen oder im Staatsdienst. Es gibt aber etwas Drittes. Schon jetzt beschäftigt dieses „Dritte“ über eine Milliarde Menschen. Nicht gewinnorientiert, nicht staatlich. Und dieses „Dritte“ erzeugt Güter und Dienstleistungen, die wir alle brauchen, von denen wir abhängig sind. Es handelt sich um die „soziale Wirtschaft“, Gemeinschaftsgüter, die Zivilgesellschaft. Teile davon sind gemeinnützig, einige nicht. Es geht etwa um Tagesstätten, Altersheime, die Bereiche Kultur, Sport, Kunst und Religion. Ein großer Teil unseres Lebens existiert außerhalb des Marktes.

Was jetzt beginnt, ist der Aufbau des Arbeitsmarktes in diesem dritten Sektor. Dort werden soziales Kapital und Gemeinschaft erzeugt. Maschinen können das nicht. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist: Wo soll Österreich in 20 Jahren sein? In einer Sackgasse aus fossilen Brennstoffen, veralteten Technologien und Klimawandel, ohne Aussichten auf Jobs, ohne Zukunft für den Planeten? Oder soll Österreich mit einer Infrastruktur für die dritte Industrielle Revolution ein Leuchtturm für Europa und die Welt sein? Mit einer Infrastruktur, die uns weg von Kohlenstoff und hin zu erneuerbaren Energien führt und es den Menschen ermöglicht, ihr ökonomisches Leben zu demokratisieren und Produkte mit ihrer Nachbarschaft zu teilen.

Das ist keine Utopie, sondern ein hoffnungsvolles Unterfangen. Hinweise, was zu tun ist, gibt es genug. Aber ich bin nicht naiv. Vielleicht kommt es auch anders. Alternative ist das sterbende 20. Jahrhundert. Die Jugend muss Österreich an die Spitze führen. Das Land ist bereits gut dafür ausgestattet, zusammen mit Deutschland und Dänemark ist es sehr ökologisch orientiert. Es braucht eine neue Vision für die Kinder, der Klimawandel muss adressiert werden. Es braucht eine demokratisiertere Gesellschaft, in der wir lernen können, mit den Lebewesen in unserer Umwelt zu koexistieren. Die menschliche Familie muss erwachsen werden.

der Moment dafür ist der Wechsel der jetzigen Generation auf unsere Kinder. Wir können es tun. Wir müssen jetzt nur damit anfangen.

Klaus Unterberger: Meine Damen und Herren, ich darf jetzt zu unserer zweiten Panelrunde einige Gäste bei mir am Panel sehr herzlich begrüßen. Dkfm. Dr. Hannes Androsch – neben zahlreichen anderen Funktionen, die Sie kennen werden, ist er auch Vorsitzender des Rats für Forschung und Technologieentwicklung und des Austrian Institutes of Technology, Das ist die größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Österreich. Auch bei uns Dr. Alexander Wrabetz, ORF-Generaldirektor. Meine beiden Herren, ich würde Ihnen zunächst einmal Gelegenheit geben, unmittelbar auf das zu reagieren, was Herr Rifkin jetzt ausgeführt hat. Wie ist denn Ihre Reaktion darauf, Herr Dr. Androsch?

Hannes Androsch, Rat für Forschung und Technologieentwicklung: Die Tagespolitik, das ist sozusagen in ihrer Natur, ist rückwärts gewandt oder verwaltet die Vergangenheit. Solche visionäre Ausblicke mögen nicht in jedem Punkt dann so eintreten, aber sie helfen vorausszuschauen, vorwegzunehmen und gestaltend zu beeinflussen. Und das ist das Verständnis, das wir als Forschungsrat haben, das ist die Aufgabenstellung, die Forschungseinrichtungen haben. Und das muss unser aller Anliegen sein – als Dankbarkeit für das, was unsere Generation an Möglichkeiten hatte und als Verpflichtung, die damit verbunden ist, der jüngeren Generation – von der erfreulicherweise doch eine beträchtliche Anzahl heute hier im Auditorium ist – um es auch Ihnen möglich zu machen.

Klaus Unterberger: Herr Dr. Wrabetz, ich weiß, Sie kommen gerade von einer Klausur mit Ihrer Geschäftsführung, in der es ja auch um die Zukunft gegangen ist. Was haben denn Sie mitgenommen von dem „Internet of Things“, von diesen visionären Entwürfen von Herrn Rifkin?

Alexander Wrabetz, ORF: Zuerst muss ich mich ein bisschen entschuldigen, weil ich ja in Kopenhagen am Samstag zwar nicht gesungen habe, aber ich hatte doch im Umfeld einiges an Gesprächen zu führen im Zusammenhang mit diesem sehr schönen Erfolg. Die Medienindustrie – Prof. Rifkin hat's gesagt – ist ja schon relativ weit mittendrin in diesem Umbruch. Das Wort Net Neutrality wird wahrscheinlich

eines der wichtigsten Wörter sein, das die Debatte der nächsten 10, 20 Jahre dominieren sollte, obwohl ganz wenige selbst in diesem Raum wahrscheinlich sich intensiv mit dem Thema befassen. Wird es wirklich möglich sein, dass gleichberechtigt in diesem „Internet of Things“ die Datenströme verkehren? Oder werden darin Geschäftsmodelle, die von starken Playern dominiert werden, den Digital Divide zwischen jenen, die wirklich den vollen Zugang haben und sich leisten können, und anderen vergrößern?

Und das zweite Thema, das damit zusammenhängt, ist das Thema eben: Wie schaffen wir es, dass dort, wo sich dominante Player entwickeln, auch Kontrolle, Wettbewerbskontrolle, in einem globalen Maßstab ist? Weil derzeit – ein Beispiel für einen erfolgreichen Nutzen der Zero Marginal Costs ist ja das Geschäftsbeispiel Google. Google saugt aus dem deutschsprachigen Medienmarkt zweieinhalb Milliarden Euro an Werbegeldern ab mit im deutschsprachigen Raum ungefähr 100 Mitarbeitern, also Zero Marginal Costs. Das ist aber Geld, das der Kreativwirtschaft – damit werden derzeit in Europa in den deutschsprachigen Raum Medien finanziert, Zeitungen finanziert, viele Dinge finanziert. Wenn das sozusagen ungebremst weitergeht – und zahlen null Steuern oder marginal Steuern, weil sie irgendwo global ein sehr gutes System hier haben – zeigt das, dass in dieser Tendenz, die Prof. Rifkin beschreibt, auch große Probleme liegen, die politische Antworten verlangen.

Jeremy Rifkin, Foundation of Economic Trends: Das große Problem diesbezüglich ist, dass Telekommunikationsunternehmen und Internetanbieter verschiedene Preise verlangen und durch Privatisierung Teile der Daten kontrollieren wollen. Weil sie eines wissen: Dem „Internet der Dinge“ gehört die Zukunft. Daher müssen wir uns um Unternehmen wie Google, Facebook und Twitter Sorgen machen. Diese Firmen sind kommerzielle Unternehmen, die soziale Güter hergestellt haben, welche es uns erlauben, Dinge mit geringen Grenzkosten zu erzeugen. Sie erhalten dafür unsere Daten, die sie an Dritte verkaufen können. Ich liebe Google und benutze es jeden Tag. Letztes Jahr hatte es 52 Milliarden Umsatz und beherrscht mit sechs Milliarden Suchanfragen pro Tag den Suchmaschinenmarkt in Europa. Bei einer Präsentation habe ich Google darauf hingewiesen, dass es eigentlich ein globales soziales Versorgungsunternehmen ist. Das ist, was passiert, wenn ein gewinnorientiertes Unternehmen das gesamte Wissen der Welt kontrolliert.

Oder: Jede sechste Person auf dem Planeten ist auf Facebook, das macht es zum größten Familienalbum der Geschichte. Facebook kann die Daten all dieser Milliarden Menschen kontrollieren. Oder: Twitter hat 650 Millionen NutzerInnen. Bei jedem dritten Einkauf wird zuerst Amazon beansprucht, es hat das größte Logistiksystem der Welt. Ebay kontrolliert den Auktionsmarkt. Es braucht eine Form der globalen Regulierung, die die Netzwerkneutralität aufrechterhalten und dafür sorgen kann, dass diese neuen Monopole regulierte soziale Versorger werden können. Denn wir wollen die Vorteile, die sie uns bringen können. Übrigens: Nicht alle dieser Anbieter sind kommerziell, wie etwa Wikipedia.

Es muss ein regulatorischer Mechanismus gefunden werden, der die Interessen der Regierungen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft aufrechterhält. Falls das nicht geschieht, werden wir Probleme haben. Wir befinden uns im frühen Abschnitt einer großen Herausforderung. Auf die Dauer wird es eine Demokratisierung dieser Dienste geben. Denn wenn die Technologie da ist, werden die Menschen sie benutzen. Auch Musik- und Unterhaltungsindustrie konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Wenn es eine Technologie gibt, die uns eine optimale ökonomische Lösung bei Grenzkosten nahe Null liefert, kann sie nicht aufgehalten werden. Uns erwartet jedoch ein steiniger Weg.

Klaus Unterberger: Wenn es nicht Google ist oder andere große marktbeherrschende Firmen, die unser Leben beherrschen sollen, was ist es dann, was wir wollen? Was wären denn die Inhaltsstoffe, die wir hier in Österreich gerne in unserer Zukunft hätten? Beginnen wir gleich bei Dr. Wrabetz, weil wir über die Medien gesprochen haben. Was wäre denn eigentlich der Beitrag von Medien, insbesondere vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zum Gelingen der Zukunft, wenn's nicht Google ist? Was machen wir denn besser?

Alexander Wrabetz, ORF: Das ist natürlich eine große Herausforderung. Und die Rolle, die wir haben müssen und die Verantwortung ist eine, die – wie ich meine – unglaublich groß ist. Weil das, was auch Rifkin gesagt hat, findet natürlich statt, dass man auch, ohne über Medien zu gehen, miteinander kommunizieren wird, und zwar ganz stark, und dass das auch passiert. Und das ist ja prinzipiell auch etwas Gutes, auch wenn man ein Medium vertritt. Aber wir müssen gleichzeitig schauen, dass wir Medien haben, die gemeinsame Plattformen für eine Gesellschaft sind. Dass nicht –

jeder spricht mit jedem, aber jeder spricht in Wirklichkeit nur mehr mit seinen unmittelbaren Freunden – dazu führt, dass unsere Gesellschaft in Einzeltribes – Stämme – zerfällt und es dann auf einmal passiert, dass mitten bei uns zum Beispiel einige hundert junge Österreicher und Österreicherinnen sich nicht hier zu Hause fühlen, sondern auf einmal in der Welt von Dschihadisten miteinander kommunizieren auf bestimmten Internetplattformen und dann aus unserer Gesellschaft hinaustreten. Und da gibt's viele andere Beispiele auch. Das heißt, es braucht auch in dieser zukünftigen Gesellschaft starke Medien – starke Medien, die viele erreichen. Und da wird die Verantwortung für öffentlich-rechtlichen Rundfunk sogar noch wachsen, weil traditionelle kommerzielle Medien – ob im Printsektor oder auch im Fernsehbereich – kommen unter Druck durch die Veränderung der Geschäftsmodelle und eben dadurch, dass das Inserategeld sehr stark auf die neuen Plattformen gehen wird. Sie werden sich daher weniger Informationsbereitstellung leisten können.

Und wir mit unserem Modell einer gemeinschaftlich finanzierten Informationsplattform haben daher die Verantwortung, vertrauenswürdige Information, die auch akzeptiert wird, zur Verfügung zu stellen, aber gleichzeitig auch eine Plattform zu haben, wo wir die Menschen auch erreichen. Das heißt, nicht nur als reine Informationsplattform, sondern eben über Medien, Fernseh-, Radio- und Internetprogramme, die eine Vielfalt anbieten – Information, Unterhaltung, auch Sport und Kultur natürlich. Wo wir etwas Verbindendes bieten können in einer Gesellschaft, die sonst durch das Internet Gefahr läuft, auseinanderzufliegen.

Klaus Unterberger: Herzlichen Dank. Ich hoffe, die Zukunft bringt auch einen guten heißen Tee gegen Heiserkeit. Herr Dr. Androsch, abgesehen von den Medien: Was würden wir denn brauchen an Inhaltsstoffen? Sie haben ja immer wieder den Reformstau in Österreich kritisiert, tun das nach wie vor. Was müssen wir überwinden, was sollte – ich habe es im ersten Panel gefragt – denn einer der nächsten Schritte sein, wenn wir uns wirklich kraftvoll auch den Visionen und nicht nur dem Verwalten des Alltags widmen wollen?

Hannes Androsch, Rat für Forschung und Technologieentwicklung: Was uns betrifft, müssen wir über den Tellerrand schauen und von der Schrebergartenmentalität wegkommen. Das ist spezifisch Österreich – aber nicht nur in Österreich. Die nationalstaatliche Souveränitätsillusion der EU heute noch immer

ist ja auch eine Form dieser Schrebergarten- und Kleingärtnerbetrachtung einer Einrichtung, die zum ökonomischen Riesen geworden ist, aber politisch ein Zwerg ist, wie Egon Bahr gemeint hat, und militärisch ein Wurm ist. Also ich meine, Stichwort Krim, Ukraine oder früher schon Jugoslawien oder Nordafrika oder was immer Sie an Beispielen dafür nehmen wollen. Daher werden wir auch diesbezüglich einen der Zeit angepassten neuen sozialen Kontrakt benötigen, einschließlich sinnvoller regulatorischer Lösungen.

Und es ist nicht ein Vertrag mit der Jugend. Es ist unsere Verpflichtung, ihnen zu helfen, sich den Vertrag zu machen. Weil wir reden über einen Zeitpunkt, von dem wir nach allen biologischen Erfahrungen davon ausgehen dürfen, dass wir das uns aus einer anderen Perspektive nur mehr anschauen – wenn überhaupt.

Klaus Unterberger: Also das ist, glaube ich, fast schon ein Schlusswort, wenn wir den Vertrag mit der Zukunft an jene weitergeben, die ihn tatsächlich auszufüllen haben und zu leben haben. Das Schlusswort möchte ich aber trotzdem unserem Gast aus Amerika geben. Er hat ja sehr enthusiastisch vom europäischen Traum gesprochen. Das war, glaube ich, vor ungefähr zehn Jahren. Mittlerweile sind zehn Jahre vergangen, wir haben eine ganze Reihe von substantziellen Krisen erlebt. Herr Rifkin, bitte um kurze Antwort, wenn es überhaupt möglich ist: Lebt dieser europäische Traum für Sie überhaupt noch, gibt's den noch, auch angesichts der Krisen, der Schwierigkeiten, über die wir reden? Dürfen wir weiterträumen, müssen wir aufwachen oder sollten wir einfach anpacken?

Jeremy Rifkin, Foundation of Economic Trends: Der europäische Traum existiert. Fragt man einen Amerikaner nach seinem Traum, so wird er von der individuellen Chance sprechen, Geld zu verdienen. Ein Europäer will gute Lebensqualität. AmerikanerInnen wollen Wachstum und eine starke Militärpräsenz, EuropäerInnen nachhaltige Entwicklung, Frieden und Handel. Es gibt allerlei Unterschiede. Ich mag Teile des amerikanischen und Teile des ausschließlichen Traumes. Wir können voneinander lernen. Der Traum wird jedoch immer erprobt. Nun gibt es auch einen neuen chinesischen Traum, der mehr dem europäischen ähnelt. Die Europäische Union befindet sich nach der großen Rezession langsam im Aufschwung. Jetzt muss ein Weg gefunden werden, den Traum wiederzubeleben. Nur mit neuem Eifer kann die jüngere Generation die Vision des „Internets der Dinge“ und der dritten Industriellen Revolution verwirklichen. Ohne einen Traum als Antrieb

ist alle Technologie der Welt nutzlos. Ohne eine Generation mit Leidenschaft für eine gemeinsame Identität, die eine bessere Welt erschaffen will, gibt es keine Triebkraft, die uns in eine Welt der Grenzkosten nahe Null führt. Technologie ist gut, aber eine Reise wird nur unternommen, wenn man sich mit ihr identifiziert.

Klaus Unterberger: Herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, mit dieser sehr stimulierenden, aber auch herausfordernden Erinnerung an europäische Werte, an europäisches Selbstvertrauen, aber auch an europäische Zukunft darf ich den heutigen Tag beschließen. Vielleicht sind Sie das nächste Mal wieder mit dabei, beim nächsten ORF DialogForum.